

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 011/2013 (FD)

Interpellation Marguerite Misteli Schmid (Grüne, Solothurn); Unternehmenssteuerreform II - Steuerausfälle auch im Kanton Solothurn grösser als erwartet (16.01.2013)

In seiner Antwort vom 26. April 2011 auf die Interpellation Misteli vom 23. März 2011 stützte der Regierungsrat seine Berechnungen der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II (USTR II) durch die Einführung des Kapitaleinlageprinzips auf den vom Bundesrat berechneten jährlichen Steuerausfall von 200 Millionen Franken für die Kantone. Damit sei seine grobe Schätzung der finanziellen Auswirkungen von zwei Millionen Franken für den Kanton Solothurn in der Botschaft vom 22. Dezember 2009 zur Teilrevision des Steuergesetzes recht nahe bei der Realität gewesen.

Die dieser Berechnung zugrunde liegenden Zahlen der vom eidgenössischen Finanzdepartement anfangs 2011 geschätzten Ausschüttungen der Firmen von 200 Milliarden an Kapitalanleger wurden schon damals als zu konservativ angezweifelt. Mitte April 2011 beliefen sich die Kapitaleinlagereserven (Agio) schon auf 230 Milliarden Franken und scheinen sich inzwischen rasant erhöht zu haben. In den Medien war im April 2012 von rund 700 Milliarden die Rede und nach den letzten Meldungen vom Januar 2013 hätten 4000 Firmen bis Ende 2012 gegen 900 Milliarden Franken zur steuerfreien Ausschüttung bei den Steuerbehörden angemeldet. Die UBS alleine meldete 42.5 Milliarden Franken Agio an (davon 15 umstritten); es folgen CS mit 13.7, der Versicherungskonzern Zürich und das Tiefsee-Ölbohrunternehmen Transocean mit je 10 Milliarden Franken für steuerfreie Ausschüttungen.

Vor der Volksabstimmung im Jahre 2008 zur Unternehmenssteuerreform II bezeichnete der Bundesrat Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen als hauptsächliche Zielrichtung der Vorlage. Heute scheinen aber vor allem Aktionäre grosser Konzerne von der Unternehmenssteuerreform II zu profitieren.

Im Kanton Solothurn wurde im Jahre 2009 die Unternehmenssteuerreform II als bedeutendste Neuerung in der Teilrevision des kantonalen Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuer eingeführt. Mit dieser sollten entsprechend der Botschaft des Regierungsrates vom 22. Dezember 2009 ebenfalls KMUs auf Kantonsebene „steuerlich entlastet und von Ärgernissen befreit werden“.

Wir bitten den Regierungsrat angesichts der weiterhin zunehmenden Steuerausfälle durch die USTR II folgende Fragen zu beantworten:

1. Auf wie hoch beziffert bzw. schätzt der Regierungsrat bis heute den gesamten Steuerausfall, verursacht durch die USTR II, im Kanton Solothurn?
2. Welchen Anteil des Steuerausfalls macht dabei die Ausschüttung von Kapitaleinlagereserven (Agio) aus und was ist der Anteil der anderen Steuererleichterungen der USTR II im Kanton Solothurn?
3. Wie viele Unternehmen haben welche Summen von Agio bis jetzt angemeldet?
4. Auf welche Unternehmensgruppen (Anzahl kleine, mittlere und grosse Unternehmen) verteilen sich die Anmeldungen von Agio und zu welchen Summen?
5. Wie schätzt der Regierungsrat die Entwicklung zukünftiger Steuerausfälle durch die USTR II ein?
6. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um diese Steuerausfälle zu kompensieren?
7. Wie schätzt der Regierungsrat das vorläufige Ergebnis und die Aussichten der USTR II ein,

gemessen an ihrer hauptsächlichen Zielsetzung, solothurnische KMUs „steuerlich zu entlasten und von Ärgernissen zu befreien“?

Begründung (16.01.2013): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marguerite Misteli Schmid, 2. Felix Wettstein, 3. Doris Häfliger, Daniel Urech, Barbara Wyss Flück, Felix Lang, Roger Spichiger, Fränzi Burkhalter, Franziska Roth, Anna Rüefli, Mathias Stricker, Urs von Lerber, Peter Schafer, Evelyn Borer, Trudy Küttel Zimmerli, Fabian Müller, Christine Bigolin Ziörjen, Jean-Pierre Summ (18)